Stand: 15.12.2025 19:10:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8424

"Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8424 vom 19.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 20.10.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9072 des UV vom 10.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9307 vom 02.12.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 19.10.2015 **Drucksache 17/8424**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Gesundheit und Pflege führen gemeinsam eine Expertenanhörung zu den Verbesserungsmöglichkeiten der gesetzlichen Regelungen zur Einschränkung der Lebensmittelwerbung, die sich speziell an Eltern und Kinder richtet, durch.

Dabei soll zum einen geklärt werden, ob die aktuellen Regelungen wirksam und zeitgemäß sind. Zum anderen soll mit Hilfe der Experten überprüft werden, ob und gegebenenfalls wie die geltenden Gesetze und Mechanismen zur Kontrolle und Sanktionierung von Verstößen gegen die Werbeeinschränkungen gestärkt werden müssen.

Begründung:

Etwa 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind übergewichtig, Tendenz steigend. Von Seiten der Ärzteschaft und diversen medizinischen Fachgesellschaften wie auch von Seiten der Verbraucherschutzverbände wird in diesem Zusammenhang immer wieder kritisiert, dass gerade die für Kinder beworbenen Lebensmittel besonders ungesund sind. Die Organisation Foodwatch hat ermittelt, dass etwa 90 Prozent der an Kinder vermarkteten Lebensmittel nicht den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO entsprechen, sondern zu fett, zu zucker- und / oder zu salzhaltig sind. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, der sog. EU Pledge, wird aufgrund der zahlreichen Negativbeispiele aus der täglich unseren Kindern präsentierten Werbung als absolut unzureichend kritisiert. Es ist daher geboten, die aktuellen gesetzlichen und freiwilligen Regelungen auf den Prüfstand zu stellen und in einem zweiten Schritt auch zu überprüfen, ob die Kontrolle der Regelungen und die Sanktionierung der Verstöße geeignet sind, tatsächlich eine Veränderung zu Gunsten der Gesundheit unserer Kinder herbeizuführen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ihrer Addition außen vor gelassen. Das sind reine Landesmittel.

Wenn man hinzunimmt, dass wir die allgemeine Wohnraumförderung noch einmal um weitere 50 Millionen Euro aus der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt aufstocken und außerdem die 59,1 Millionen Euro verwenden, die nun vom Bund zur Verfügung gestellt werden, dann sind wir bei der allgemeinen Wohnraumförderung schon im kommenden Jahr bei 401 Millionen Euro. Zusammen mit den 150 Millionen Euro, die wir in dem Sonderprogramm für die Kommunen und Kirchen zur Verfügung stellen, liegen wir damit, mit Verlaub, schon bei 550 Millionen Euro für das kommende Jahr, für 2016. Davon stammen wohlgemerkt 120 Millionen Euro vom Bund und 430 Millionen Euro vom Freistaat Bayern. Das bitte ich bei der Gesamtbetrachtung zu würdigen, auch wenn man die Zahlen damit vergleicht, wie die zweifellos üppigen Wohnraumprogramme beispielsweise vor 25 Jahren ausgestattet waren. Damals war der Anteil des Bundes deutlich höher.

Ich glaube, dass wir jetzt schon einen Kraftakt unternehmen, indem wir ein Programm vorlegen, mit dem wir immerhin im Bereich der staatlich mitfinanzierten und geförderten Wohnungen zusätzlich zu den 2.000 Wohnungen, die die Staatsbediensteten-Wohnungsbaugesellschaft und das Siedlungswerk Nürnberg bauen wollen, insgesamt auf über 28.000 neue Wohnungen in den nächsten vier Jahren kommen.

Wohlgemerkt: Wir setzen weiterhin darauf, dass die Mehrzahl der Wohnungen generell Jahr für Jahr auf dem freien Wohnungsmarkt gebaut wird. Dazu brauchen wir die steuerlichen Anreize, und dazu ist es wichtig, dass, wie ich hoffe, in den nächsten Wochen auch in dieser Hinsicht in Berlin die richtigen Entscheidungen fallen. Insgesamt ist das, glaube ich, ein wirklich wuchtiger Wohnungspakt. Die Kommunen müssen – das will ich nicht verhehlen – noch dazu beitragen, dass insbesondere in den Ballungsräumen deutlich mehr Bauland ausgewiesen wird; denn es gibt bereits heute viele Investoren, die sagen: Wir wollen ja gerne investieren, aber wo bitte sind die bebaubaren Grundstücke? - Das muss auf jeden Fall in den nächsten Monaten noch hinzukommen. Da brauchen wir eine Offensive, da brauchen wir Bebauungspläne, die nicht fünf Jahre benötigen, bis sie in Kraft treten, sondern da müssen alle Kommunen und staatlichen Genehmigungsbehörden noch enger zusammenwirken und noch rascher arbeiten; denn ohne Bauland wird das Ganze nicht so wirksam werden, wie es wirksam werden könnte.

Ich bitte um Unterstützung für dieses wuchtige Programm. Ich glaube, dass wir uns damit sehen lassen können. Für gute Vorschläge, was wir noch schneller und noch besser machen können, sind wir selbstverständlich offen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Staatsminister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist damit geschlossen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich Ihnen kurz den weiteren Verlauf der Sitzung bekannt. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass der Tagesordnungspunkt 7 ohne Aussprache gleich abgestimmt wird. Außerdem werden die Tagesordnungspunkte 9 und 10 verschoben. Ob sie im nächsten Plenum drankommen, ist noch nicht geklärt. Sie werden zunächst einmal nur abgesetzt. Tagesordnungspunkt 11 wird verschoben auf den 28.10., sodass wir jetzt nur noch gleich über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen und zum Tagesordnungspunkt 8 noch eine Debatte haben werden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8418 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER, über den in einfacher Form abgestimmt wird –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Danke schön. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8441. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.32 bis 20.37 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus und fahren in der Tagesordnung fort.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8419 bis 17/8424 und 17/8442 und 17/8443 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.11.2015 **Drucksache 17/9072**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**8424**

Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der erste Absatz erhält folgende Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu den Verbesserungsmöglichkeiten der gesetzlichen Regelungen zur Einschränkung der Lebensmittelwerbung, die sich speziell an Eltern und Kinder richtet, zu berichten."

2. Im zweiten Absatz werden die Worte „mit Hilfe der Experten" gestrichen.

Berichterstatter: **Nikolaus Kraus**
Mitberichterstatter: **Michael Brückner**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 37. Sitzung am 22. Oktober 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 34. Sitzung am 10. November 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.12.2015 **Drucksache 17/9307**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8424**, 17/**9072**

Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu den Verbesserungsmöglichkeiten der gesetzlichen Regelungen zur Einschränkung der Lebensmittelwerbung, die sich speziell an Eltern und Kinder richtet, zu berichten.

Dabei soll zum einen geklärt werden, ob die aktuellen Regelungen wirksam und zeitgemäß sind. Zum anderen soll überprüft werden, ob und gegebenenfalls wie die geltenden Gesetze und Mechanismen zur Kontrolle und Sanktionierung von Verstößen gegen die Werbeeinschränkungen gestärkt werden müssen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eigenverantwortliche Schule stärken: Schulbezogene Stellenausschreibungen und -besetzungen ermöglichen
Drs. 17/7655, 17/9167 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Joachim Unterländer, Judith Gerlach u.a. CSU
Mehrere geringfügige Beschäftigungen neben einer Hauptbeschäftigung zulassen
Drs. 17/7690, 17/9153 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Europäische Datenschutz-Grundverordnung – hohe Standards sicherstellen!
Drs. 17/7762, 17/9171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD
Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg
Drs. 17/7763, 17/9095 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bewährte Standards im Handwerk und den Freien Berufen schützen
Drs. 17/7894, 17/9152 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Vorgehen der Staatsregierung und der Behörden im Salmonellen-Skandal
aus rechtlicher Sicht
Drs. 17/8092, 17/9068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorgänge um Bayern-Ei umfassend aufklären
Drs. 17/8105, 17/9069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Herbert Woerlein SPD
Erlaubniserfordernis für gewerbsmäßige Hundetrainer
nach § 11 Abs. 1 Tierschutzgesetz
Drs. 17/8214, 17/9070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Barrierefreier Bahnhof Burgkunstadt
Drs. 17/8222, 17/9118 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl SPD
Bayernweite Informationsoffensive gegen Torfnutzung ins Leben rufen
Drs. 17/8306, 17/9168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Traumapädagogik – ein Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte
Drs. 17/8377, 17/9166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Öffnung des „Kulturfonds Bayern“ für die Förderung kommunaler Kulturzentren – Ausweitung auf alle Gemeinden im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“
Drs. 17/8406, 17/9065 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Absturz eines F-16 US-Kampfjets – Transparente Aufklärung und Schutz der Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/8422, 17/9071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen
Drs. 17/8424, 17/9072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Genehmigung für neuen Verkehrslandeplatz Coburg
Drs. 17/8434, 17/9119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Flugzeugabsturz eines US-Kampfjets in Engelmannsreuth (Oberfranken)
Drs. 17/8443, 17/9073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Umsetzung der SEVESO III-Richtlinie auf Bundesebene
Drs. 17/8538, 17/9169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Torfnutzung bei staatlichen Stellen und den bayerischen Gartenschauen
Drs. 17/8666, 17/9170 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Stöttner u.a. und Fraktion (CSU)
Gesundheitswirtschaft in Bayern – Zahlen, Daten, Fakten
Drs. 17/8684, 17/9120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Luftfahrtausbildung in Bayern standardisieren
Drs. 17/8761, 17/9091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z